

Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Anzeigenpreis: Die 6spaltige 100mm breite Zeile ab 1000 Zeichen...

Freitag, 21. März 1924

Bezugspreis: Bei wöchentlich 6maliger Erscheinung monatlich 2,-...

Revolutionäre Arbeit der französischen Kommunisten in der Rheinarmee.

Auf Verlangen des Generals Degoutte, des Oberkommandierenden der französischen Streitkräfte im Ruhrgebiet...

General Degoutte hat, wie man erfährt, an das Kriegsministerium einen langen Bericht über die verhängnisvollen Auswirkungen der kommunistischen Propaganda...

Bedrohende Kämpfe im Bergbau. Das Diktat der Unternehmer — bei Nichtannahme tarifloser Zustand.

Im Bergbau machen sich die Anzeichen von drohenden schweren Kämpfen bemerkbar. Die Unternehmer haben zum 1. April alle bestehenden Tarifverträge gekündigt...

In den Verhandlungen, die zwischen den rheinischen Bergbauindustriellen und den gewerkschaftlichen Organisationen begonnen haben...

Sozialdemokraten als Streifbreviervermittler.

Der Sozialdemokrat Schulte in Düsseldorf hat zehn Arbeitslose nach Venrath zum Kohlenladen mit der Begleitung geschickt...

Aus dem Saufall der zweiten Internationale.

Die bulgarischen Sozialdemokraten haben sich bekanntlich an dem schifflichen Umsturz in Bulgarien beteiligt. Sie haben als Teilnehmer an der weißen Regierung...

bet Befehlsparade hervorzurufen. Weitere Hausdurchsuchungen worden haben in der Absicht, Meutereien in den Reihen...

Die kommunistische Kandidatenliste in Frankreich.

Die Parteipresse veröffentlicht die Kandidatenliste der Kommunistischen Partei Frankreichs zu den bevorstehenden Parlamentswahlen für die vier Pariser Wahlbezirke.

Der französische „Linksblod“.

Paul Faure, Sekretär der französischen Sozialdemokratie, einer der „radikalsten“, wurde für die Parlamentswahlen im Departement Saone-et-Loire auf der Liste der radikalen Bourgeoisie aufgestellt.

Der sozialdemokratische Kampf gegen die Kontrollauschüsse.

Der sächsische Wirtschaftsminister, der sozialdemokratische frühere Redakteur der „Leipziger Volkszeitung“, Hermann Müller, hat durch Verordnung die in Sachsen noch funktionierenden Kontrollauschüsse aufgehoben...

Der sozialdemokratische Koalitionsminister Müller folgt damit dem Beispiel seines Parteifreundes Severing in Preußen. Aber wie in Preußen trotz Severing die Kontrollauschüsse den Kampf der Massen ums Brot weiter führen und organisieren...

Wucher mit Lebensmitteln.

Obwohl die Getreidepreise an der Berliner Produktenbörse auch heute noch zum Teil unter den Friedenspreisen stehen, so ist doch der Brotpreis durchweg höher als im Frieden. Dasselbe gilt für andere Gebiete des Lebensmittelmarktes.

Die französisch-tschechischen Geheimverträge — gefälcht. Die verräterische Unterschrift.

(BWC.) Die in der Morgenausgabe vom 19. März des „Berliner Tageblattes“ veröffentlichten, angeblichen Geheimverträge zwischen Frankreich und der Tschecho-Slowakei sind, wie die „BWC“ erfährt, gefälchte und noch dazu tächerlich mangelhaft gefälchte Dokumente.

Deutsche Goldnoten und russische Tscherwonzen.

In dem Augenblick, in dem Schacht mühselig sich unter die Wucherbedingungen des englischen Bankkredits beugend, seine Goldnotenbank aufbaut, vollendet Rußland aus eigener Kraft seine Währungsreform.

Schon das zeigt den gewaltigen Unterschied zwischen der wirklichen Währungsanierung in Rußland und der angeblichen Währungsreform in Deutschland. Aber es gibt — so behaupten bürgerliche Blätter — auch Ähnlichkeiten zwischen dem deutschen und russischen Vorgehen.

Die russischen Silber- und Kupfermünzen sind wirkliche Scheidemünzen. Das heißt: sie werden dem russischen Volke nicht als ein wertbeständiges Hartgeld aufgeschwätzt...

Auch die russischen Schahscheine unterscheiden sich von den deutschen Goldanleihscheinen. Das „Berliner Tageblatt“ weist da auf einen Umstand hin, der den ganzen Unterschied zwischen der deutschen und der russischen Geldgebung charakterisiert.

Um diese Grenze einzuhalten, ist einmal zur Selbstkontrolle der Finanzverwaltung die Publizität nötig. Zum anderen ist eine scharfe und rücksichtslose Begrenzung der Papiergeldausgabe erforderlich.

Als auf dem Wege der Beweiskritik sich auf dem Papier

neuer Mittel sucht. In der amtlichen Verlautbarung nämlich über den Rücklauf der Goldanleihe ist ausdrücklich gesagt, daß das Geld für den Rücklauf der Schabanweisungen aus dem Betriebsmittelfonds des Reiches, das heißt aus dem Erlös der Rentenmarktschuldwechsel stammt. Während also in Rußland das in Form von Schabanweisungen ausgegebene Papiergeld mit allen seinen Garantien für seine Vollwertigkeit versehen ist, muß das Deutsche Reich zu Operationen faulster Wästelprolongationen seine Zuflucht nehmen, um die volle Entwertung seiner angeblich vollwertigen Goldanleihe zu verhindern. Und die Goldanleihe, die das Reich wieder in den Verkehr leben möchte, bleiben in den Reichskassen, weil der Verkehr ihre Zirkulation ablehnt.

Aber wird nicht die Goldnote Schachts die Rolle des russischen Uherwones spielen? Auch diese Illusion wird bald enttäuscht werden.

Der russische Uherwone ist gedeckt durch Gold und Goldwertpapiere. Auch die Goldnote Schachts soll durch Devisen gedeckt sein. Aber der ökonomische und finanzpolitische Unterschied zwischen der vielleicht formell ähnlichen Dedung springt sofort in die Augen. Die Dedung des russischen Uherwones ergibt sich aus dem Ueberfluß an Gold und Devisen, den nur der Handelsverkehr abwirft, und aus der Mobilisierung von wirklichem Geldkapital für echte Handelsgeschäfte. Der Uherwone ist ein Kreditgeld, dem wirklich Handelsgeschäfte zugrunde liegen und der deshalb in diesen Handelsgeschäften seine volle Sicherheit findet. Weil er als Kreditgeld gedeckt war, konnte er mehr und mehr auch in der Zirkulation des täglichen Lebens die Aufgabe eines Geldwertgeldes erfüllen, wurde er aus einem Zahlungsmittel mehr und mehr Zirkulationsmittel. In Deutschland dient die Goldkreditnote und dienen die von ihr ausgehenden Noten dem offen eingestanden Zweck, der Kreditnot abzuhelfen. Den Noten der Bank liegen keine Handelsgeschäfte zugrunde, die bereits in Warenform erzeugten Mehrwert realisieren sollen, sondern sie sollen erst, und zwar in Form von Kreditwechseln, Kapital für die Erzeugung von Mehrwert den deutschen Kapitalisten verschaffen. Die deutsche Goldnote ist nur eine andere Form der Wechselzettel. Sie ist kein Ergebnis wachsenden Reichtums, neuer Kapitalbildung, sondern ein Nebenprodukt der sich immer mehr vertiefenden kapitalistischen Krise.

Weshalb aber ist das kapitalistische, mit Stinnes und Seekt beglückte Deutschland unfähig, sich eine Goldnote aus eigener Kraft zu schaffen, während das bolschewistische Rußland in konsequentem Aufstieg die Goldwährung aufbaut?

In Rußland konnte der Uherwone nur deshalb als echtes Kreditgeld gegründet und erhalten werden, weil Rußland von Staatswegen seinen Kredit und seinen Handel fest in der Hand gehalten hat. Ohne Außenhandelsmonopol und ohne Devisenmonopol keine wertbeständige Goldnote: das zeigt die russische Erfahrung.

In Deutschland haben wir kein Außenhandelsmonopol und kein Devisenmonopol. Dafür haben wir Seekt und Stinnes. Dafür haben wir die Kapitalflucht und die Steuerfahotage der Bourgeoisie.

In Rußland kontrolliert der Staat, der im Besitz der wichtigsten Industriezweige ist, durch das Außenhandelsmonopol und dem Devisenmonopol die ganze innere und äußere Wirtschaft. Die Staatsbank weiß, ob ihre echte Handelswechsel oder Finanzwechsel präferiert werden. Die Staatsbank als Zentralinstitut des Geldwesens kann so von vornherein die Notenausgabe auf Grund ihrer Wechselkontrolle genau regulieren. Sie wird, je mehr der Staat die Wirtschaft aufbaut, mehr und mehr auch das Sammelbeden für die Uberschüsse des wachsenden Handelsverkehrs. So schafft der Uherwone, als Kreditgeld ausgegeben, sich selbst mehr und mehr seine Sicherheit, und je mehr er höher wird, um so mehr gelingt es mit Hilfe des Uherwones, Geldkapital für die Wirtschaft zu mobilisieren. Das Außenhandelsmonopol in Verbindung mit dem Devisenmonopol bewirkt die Ausleichung der Zahlungsbilanz und sichert damit ebenfalls die Vollwertigkeit des Uherwones. In gleichem Maße der russischen Staatswirtschaft mehr und mehr, das Budget auszugleichen und damit die Ursache für die innere Papiergeldentwertung zu beseitigen. Der letzte Schritt auf diesem Wege ist die Entlösung des Sowjetrabels.

Deutschland mit seiner freien kapitalistischen Wirtschaft hat den in Deutschland verdienten Mehrwert ins Ausland flüchten lassen. Schacht, der Anhänger der freien kapitalistischen Devisenpolitik, muß demütig in London betteln gehen, damit er zu schmerzlichen Wucherbedingungen ganze fünf Millionen Pfund für seine Goldnotenbank bekommt. Er muß den deutschen Bankkapitalisten Wucherzinsen versprechen, damit sie für seine Goldnotenbank ihm geschlichtete Devisen zur Verfügung stellen. Und der Erfolg ist die weitere Verfallung Deutschlands, ist nicht eine Befestigung der Krise, sondern ihre Vertiefung, ist nicht ein Aufhören der Kapitalflucht, sondern ihre Legalisierung und zweckmäßigere Organisation eben durch die Goldkreditnote, ist die Verschärfung der Eisenbahnen an das internationale Kapital, ist die wachsende Verelendung des deutschen Volkes.

Rußland baut sich wirtschaftlich wieder auf, ist politisch unabhängig und wird von allen Mächten der Erde anerkannt. Deutschland verfallt mehr und mehr in Elend und Not, zerfällt national und bekommt von allen Mächten einen Fußtritt nach dem anderen.

Dort kommunistische Wirtschaft — hier kapitalistische. Wer sagt es noch, jene die kommunistische, die Herrschaft der Arbeiter und Bauern, die Herrschaft der Masse des arbeitenden Volkes, die die nationale Sicherheit und die Wohlfahrt der Massen sichert, als Unwirklichkeit zu beschreiben, wo in Deutschland Schachts, Luthers und Seekts, in Deutschland der großen Koalition, in Deutschland der Sozialdemokratie, Millionen an Hunger zugrunde gehen?

Wer sollten die Männer des Direktoriums sein?

(M.W.) Der bisherige Verlauf des Jännerprozesses hat gezeigt, daß man in München Kampfbahn bemüht ist, die letzten Ereignisse des letzten Jahres und die verhängnisvollen Zusammenhänge nicht nur nicht aufzuklären, sondern auch noch Möglichkeit in ein noch tieferes Dunkel zu hüllen. Daran schließt sich auch der plötzliche Abbruch der Jännererschauung an, der bei einem beträchtlichen Prozentsatz der Teilnehmer noch einmal bekannt ist, daß sowohl die Eisenbahn-

wirtschaft, wie auch noch die Verfechtung über höchstwertvolles Material verfügt, mit dessen Hilfe man mit einem Schlag die ganze Komplette des Erzbergers und des Rathenauerwerkes aufdecken und die Hintermänner der damaligen Verbrechen bloßstellen könnte. Wenn man bei der bisherigen Zeugenvernehmung auf bestimmte Vorgänge zu sprechen kam, die in besonderem Maße Ursache hatten, die Öffentlichkeit zu scheuen, wurden die Dinge aus dem Zusammenhang gerissen und die Feststellung von Details unterlassen. So war immer wieder von den „norddeutschen Herren“ die Rede, ohne daß man erfuhr, welche Persönlichkeiten der nationalen Bewegung unter diesem Sammelbegriff gemeint waren. Zu Beginn der Vernehmung des Generals Vossow wurde, wie er innerlich, viel von dem Vize eines Direktoriums gesprochen, das an Stelle der Reichsregierung treten sollte. Die aufstrebende Welt hat bisher nie die Namen dieser in Aussicht genommenen Regierungsmänner Deutschlands erfahren.

Die „M.W.“ ist nun in der Lage Einzelheiten über die geplante Neuorganisation der Reichsregierung zu veröffentlichen. Das in Aussicht genommene Direktorium sollte bekanntlich nach der Aufgabe des Generals Vossow rechts eingestuft sein national, mit diktatorischen Vollmachten ausgestattet und unabhängig von parlamentarischen Einflüssen und Hemmnissen sein.

Für die Besetzung der einzelnen Ämter dieser Regierungsinstitution hätte man in eingeweihten nationalen Kreisen schon längst bestimmte Vorschläge in Aussicht genommen. Der Vorsitz des Direktoriums sollte der belagerte Führer des Alldeutschen Verbandes, Justizrat Dr. Glag übernehmen, die Finanzen der Oberfinanzrat Dr. Glag, die Ernährung Herzberg und die Wirtschaft der höhere Generaldirektor des Stinnes-Konzerns, Minner. Der jetzige Staatssekretär Dr. Seebald sollte die Aufgabe haben, den Staatsapparat nach nationalen Grundfragen zu leiten. Die Verwaltung der Staatsbetriebe, Post und Eisenbahn, sollte in der Hand des Vorsitzenden Justizrat Dr. Glag vereinigt werden. In die Besetzung eines Außenministeriums hätte man noch nicht gedacht, dagegen suchte man einen geeigneten Mann für die Leitung des Meereswesens. Dieser Leiter des zukünftigen Meereswesens sollte von vornherein die Garantie bieten, daß, wie gleichfalls der General Vossow auslieferte, die Reichswehr hinter dem Direktorium stand. Auf der Suche nach diesem „York des 20. Jahrhunderts“ ließ Justizrat Glag bekanntlich auf General von Seekt, dem er in der tiefsten Absehung während der ersten Kabinetsreise des Kabinetts Dr. Stresemann das Amt anbot. Da General von Seekt dieses Annehmen aber ablehnte, wurde von nationaler Seite in ihm ein Hindernis für die nationale Bewegung erblickt. In diesem Zusammenhang ist auch ohne weiteres die Ursache des auf General von Seekt geplanten Attentats klar.

Die für die einzelnen Posten des Direktoriums genannten Persönlichkeiten waren nur als Vorschläge gedacht; doch war die Konstituierung des Direktoriums in dieser Form für alle Eingeweihten ein offenes Geheimnis.

Der Kronprinz verlegt seinen Wohnsitz nach Potsdam?

(M.W.) Der frühere Kronprinz des Deutschen Reiches ist von seinem Landsitz Dels in Schlesien kommend, bereits Ende voriger Woche in Potsdam eingetroffen. Er hat in der ihm gehörenden Villa Liegnitz Wohnung genommen. Wie wir hören, beabsichtigt der Kronprinz von nun ab sich ständig in Potsdam aufzuhalten; den zuständigen Behörden ist allerdings über diese Absicht noch nichts bekannt geworden. In den letzten Tagen wollte der Kronprinz auch verschiedentlich in Berlin, um verschiedenen, an ihn ergangenen gesellschaftlichen Einladungen nachzukommen. Bei seinen Berliner Aufenthalten hält er sich regelmäßig in einer von seinem Adjutanten gemieteten Wohnung in unmittelbarer Nähe des Kurfürstendamms auf.

Ein politisierender Jesuitenpater.

In Pöschau fand am Sonntag eine Kundgebung von Vertretern katholischer Bergarbeiter statt. Aus dem ganzen reichsweitesten Industriegebiet hatte der Kreis die Leute zusammengetragen. Jesuitenpater Surburg hielt eine Antikommunisten- und Antisozialistenrede und gleichzeitig eine Schein-Antikommunistenrede. Der Pater machte den verlorenen Krieg, ferner den Sozialismus und Kommunismus und schließlich die liberalisierende Wirtschaftsmacht und den Materialismus verantwortlich für die schweren Schäden, unter denen vornehmlich die Bergarbeiter leiden.

Es gibt bisher weder Sozialismus noch Kommunismus. Es gibt eine kapitalistische Wirtschaftsmacht. Und hier, in dieser Nacht, wirken einträglich zusammen die ultrakommunisten Großindustriellen mit den Feinden der katholischen Kirche. Und das Zentrum macht die Politik der liberalisierenden Wirtschaftsmacht!

Schwarzschlagerserei.

Die Empörung innerhalb der christlichen Arbeiterchaft über die Politik des Zentrums, die offene Opposition ehemaliger Zentrumsmitglieder, die sich in einer neuen Partei und eigenem Organ ein Kampfinstrument geschaffen hat, ruft das offizielle Zentrum zur Abwehr drohender Gefahren auf den Plan. Man braucht dabei ein altes, aber immerhin noch brauchbares Mittel. Es wird eine eigene Opposition aufgezogen, die Regie bleibt beim Zentrum. Das gilt auch von einer Konferenz, die kürzlich in Hamm in Westfalen stattfand und von zirka 100 Delegierten besucht war, fast ausschließlich Funktionäre der christlichen Organisationen. Das Zentrum war Arrangeur. Diese zusammengetragene Gesellschaft nahm eine Resolution an, in der die Parteistellungen gebeten werden, Angriffe gegen die Interessen der Arbeiterchaft zurückzuziehen, damit die Zentrumswirtschaft nicht zu Vertiefungen der Zentrumspartei nicht vertiere.

Gerade, was hier als Angriff auf die Interessen der Arbeiterchaft gemeint ist, geht ganz überwiegend von der Zentrumspartei aus. Die Zentrumspartei hat bei Militärminister hat den Ermächtigungsgesetz und hat auch den Notverordnungen zugestimmt. Der Demittent, die Gehaltsfragen, die Offensiv gegen den Achtundzestag, das alles ist Zentrumswert. Zentrumswert ist auch die Legalisierung der Vererbung aller Hypothekengläubiger, Obligationäre, Inhaber von Sparkassengeldern, Kriegsanleihe und sonstiger Staatspapiere. Die Führer der christlichen Organisationen machen sich also des ungeheuren Betragsversuchs schuldig, als ob das Zentrum an den Schuldigen gegen das Proletariat und den Mittelstand schuldig sei. Auf solch plumpe Schwindel werden auch die Zentrumswirtschaftler nicht mehr hereinfallen.

Bulle — nein!

Kürzlich hat die Partei Knüppel-Sanges sehr pathetisch erklärt, die Deutschholländer lehnen irgendwelche Verbindung mit anderen jenseitigen Verbänden oder Organisationen ab. Nur mit stiller Entschlossenheit und deren Gesinnung gehe man zusammen. Man wird berichtet, daß in Esten ein deutschholländischer Wahlverband Pommer gegründet worden ist, bezu auch deutschholländischen Gruppen Nationalsozialisten und Freiwirtschaftler angehören. Man müßte nunmehr die pommerischen Gruppen keiner Organisation ausgliedern. Das wird er natürlich nicht tun. Obgleich gehören sie ja auch alle zusammen. Ob deutschholländisch oder nicht, es sind alles nur Wahlstimmenjäger, die sich nacher in den der Industriezentralen Diktator stellen.

Runge in Schmerzen.

Der Jungdeutsche Orden in Oldenburg hatte Sehnüchte nach einer Arbeitsgemeinschaft. Wahrscheinlich in Verleumdung der sozialen Gruppierung machte dieser Orden den Arbeitlosen den Antrag einer Arbeitsgemeinschaft. Sie hatten sich geirrt, sie suchten wahrscheinlich die berufsmäßigen Arbeitlosen, die Herren Kouponhändler, in deren Interesse sie tätig sind. Die Arbeitlosen lehnten selbstverständlich das „ehrende“ Angebot ab.

Was Stinnes von Rußland zu erzählen weiß. Unbegleitete Hoffnungen.

Das Blatt für die systematische Verfechtung der bürgerlichen Halbheiten der Reichshauptstadt, die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, ein von ehemaligen Offizieren geleitetes Stinnesorgan, leistet sich eine Notiz über die Vorgänge in Moskau, die beweist, welche jämmerliche Unkenntnis der russischen Verhältnisse und welche bewundernswerte Naivität in dieser Redaktion herrscht. Das Blatt erzählt seinen Lesern von dem verzwicktesten Streit innerhalb der kommunistischen Partei Rußlands und von dem Anwachsen der rechten Opposition. Es werden eine ganze Reihe von Programmpunkten aufgezählt, in denen die Wiederherstellung des Privatigentums, eine mehr nationale und weniger internationale Einstellung der Partei und Ausöhnung mit der sozialdemokratischen und bürgerlichen Opposition gefordert werden. Ein großer Teil der roten Armee soll angeblich für die Opposition gewonnen sein. In diesem Zusammenhang wird auch erwähnt, daß dies alles auf den Einfluß Trozki zurückzuführen sei.

Irrendeine Widerlegung der einzelnen Punkte dürfte sich erübrigen. Zur gebührenden Kennzeichnung dieser Latrinenmeldung braucht man nur zu erinnern, daß Trozki in letzter Zeit verschiedentlich kritisch über die ihm noch nicht konsequente und radikale Politik der Sowjetunion geurteilt hat.

Die Wahlordnung ist erschienen.

(M.W.) In der Ausgabe des Reichsgesetzblattes vom 19. März wird die Wahlordnung für die Reichstagswahlen veröffentlicht. Danach müssen die Wahlvorschläge der Wählerkreise bis spätestens 17 Tage vor dem Wahltermin, also am 17. April, bei den zuständigen amtlichen Stellen eingereicht sein. Die Wahlvorschläge der Reichsliste müssen spätestens 14 Tage vor dem Wahltermin in den Händen des Reichswahlleiters sein. Die Wahlordnung schreibt weiter vor, daß jeder Wahlvorschlag mindestens 500 Unterschriften tragen muß. Die Wahl selbst wird am 4. Mai in der Zeit von 8 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags vorgenommen werden. Die Festlegung der Einspruchsfristen gegen die Wählerlisten ist den lokalen Verwaltungen überlassen.

Der Streit um die preussischen Gemeindevahlen.

(M.W.) Der interfraktionelle Ausschuss des Landtages beschloß sich in seiner heutigen Sitzung nach nicht mit der geplanten Verschiebung der preussischen Gemeindevahlen. Die Koalitionsparteien sind jetzt durchaus damit einverstanden, daß die Gemeindevahlen mit Rücksicht auf die Reichstagswahlen auf einen späteren Termin verschoben werden. Die Deutschnationalen, die bisher auf eine beschleunigte Abhaltung der Wahlen drängten, erwarten von den Reichstagswahlen, von denen sie sich für ihre Partei einen großen Erfolg versprechen, eine in ihrem Sinne günstige Beeinflussung der Gemeindevahlen. Auch sie sind darum mit einem späteren Termin zufrieden. Die in Pressmeldungen angekündigte Anberaumung der Wahlen im Juni oder gar im Herbst hält man in parlamentarischen Kreisen für ausgeschlossen. Es kommt nur eine Verschiebung auf den 11. Mai, den Sonntag nach den Reichstagswahlen, in Frage.

Die uneinigen Sachverständigen.

Vor zwei Monaten kamen die Sachverständigenkommissionen der Entente nach Berlin. Alle offiziellen Persönlichkeiten vom Reichskanzler bis zum letzten sozialdemokratischen Minister in Preußen lebten den Herren aus Frankreich, England und den Vereinigten Staaten die Stiefel. Sie sollten Deutschland wieder etmal das Hell bringen. Die Herrschaften haben sich die Bücher der Reichsverwaltung vorlegen lassen, sie haben das wolkensichtige Goldbudget des Herrn Luthers mit ernsthaft gefalteten Stimmen sich angesehen, und sind dann wieder abgereist, nachdem sie mit gnädiger Handbewegung sich von den Fakten verabschiedet hatten. Dann haben sie zwei Monate beraten, haben die schönsten Grundzüge über Währungsfinanzierung aufgestellt, haben ausgebreitet, auf welche Weise man sich am bequemsten hütten zumachen könne. Und dann haben sie nach zwei der deutschen Eisenbahnen bemächtigen und die deutsche Kommission konstatieren, daß sie zwar über diese Grundzüge, aber nicht über ihre Verwirklichung einig sind.

Jetzt muß der brave „Vorwärts“, der seine Leser mit einer Illusion nach der anderen bewußt betriegt, zugeben, daß, leider, die Herren über das deutsche Volk die Ellenbeutische Schwänge, unheimlich geworden sind. Die Gegenstände bestehen einmal in der Frage der Finanzierung der von Deutschland während des ihm zu gemäßen Zahlungsausschubs zu leistenden Sachlieferungen, sowie der Ausbringung der Befugnisse. Die englischen und amerikanischen Sachverständigen wollen hierfür die aus der internationalen Anleihe sich ergebenden Mittel verwenden. Die Franzosen fordern dagegen, daß diese sich auf 6-800 Millionen Goldmark jährlich belaufenden Beiträge aus den Uberschüssen des deutschen Budgets gezahlt werden.

Der zweite Gegenstand besteht in der Frage der Festlegung der von Deutschland vom Jahre 1928 ab nach dem Ablauf des Moratoriums zu leistenden Jahreszahlungen. Die Franzosen fordern drei Milliarden Goldmark, während die englischen und amerikanischen Sachverständigen diese Summe für zu hoch halten. Der Kern des ganzen Streits geht um die Verteilung der Deute. Die Franzosen wollen durch die internationale Arbeit die Deutschland gegen die Verpfändung seiner Eisenbahnen aufnehmen muß, vor allem sich für die Kriegsschulden bezahlen machen, während die Vereinigten Staaten und auch England ihren Anteil an dieser Anleihe auf dem Umweg über die Erstattung der Befugnisse fordern. Nicht daß das deutsche wertvolle Volk betriegt werden soll, ist unter den Holländern in Paris Streit, sondern wer es ausplündern soll, wer die Frucht des imperialistischen Krieges und der Aufbebung ernten soll.

Die Hoffnung aber, mit Hilfe der Sachverständigen zu einer deutschen Goldwährung zu kommen, selbst unter Preisgabe der deutschen Währungshebel, ist wieder einmal zerplatzt. Die deutschen Sozialdemokraten, diese Volksbeutler, werden blätige Tränen.

Breslauer Stadtverordneten-Versammlung.

Verpachtung der Jahrhunderthalle? — Abbau von Beamten und Angestellten. — Wahlrammel.

Das Interesse an den Sitzungen des Stadtparlamentes hat bei unseren Stadtvätern und -müttern merklich nachgelassen. Wohl das Bewußtsein, daß mancher nach der Wahl nicht mehr auf seinen Platz zurückkehren wird, ist wohl die Veranlassung, daß das Interesse abflaut. Es ist auch für einen gewöhnlichen Sterblichen eine unerhörte Zumutung, fünf Jahre lang das „schwere“ Amt eines Stadtverordneten auf sich zu nehmen. Unter diesem Gesichtswinkel ist es auch verständlich, wenn bei Eröffnung der Sitzung am Donnerstag, den 20. d. Mts., kaum 20 Mitglieder (von 102) des Stadtparlamentes anwesend waren. Gest ganz allmählich fanden sich die Vertreter der Bürgerchaft ein. Größer ist, in anbetrach der bevorstehenden Wahlen, das Interesse der Tribünenbesucher. Diese zeigte auch gestern einen starken Besuch. Es ist nur Jammer, daß die Tribüne so wenig Besucher zuläßt, das Komödientenspiel, welches zuweilen im Sitzungssaal vorgeführt wird, ist wert der breitesten Öffentlichkeit gezeigt zu werden. Mancher würde von dem Wahn, sein Seil vom bürgerlichen Parlamentarismus zu erwarten, geheilt werden. Die kommenden Wahlen sind eine Gelegenheit geben, auch mit diesem Parlament, in dem die USPD die absolute Mehrheit hat, gründlich abzurechnen. Dabei wird auch der „Geist“ im Magistrat nicht zu kurz kommen.

Einen breiten Raum nahm die Behandlung einer dringlichen Anfrage der USPD ein.

Welche Maßnahmen gedenkt der Magistrat zu unternehmen, um die vom Abbau betroffenen Beamten und Angestellten vor wirtschaftlicher Notlage zu schützen?

Was es sonst die Not der Erwerbslosen, deren Besprechung in vorhergehenden Sitzungen sehr eingehend behandelt wurde, alle Parteien hatten anlässlich der bevorstehenden Wahlen ihre gute Herz für die Erwerbslosen entdeckt, so mußte diesmal die Personalabbauperordnung und die dadurch hervorgerufene Erregung unter den Beamten und Angestellten herhalten, um den von dem Abbau Betroffenen zu zeigen, was für gute Karte noch in unserem Stadtparlament liegen und wie gut es die einzelnen Parteien mit den Beamten und Angestellten meinen. Dieselben Parteien, welche dem Entschuldigungsbescheid und der Personalabbauperordnung des Reichs- und Landesparlamentes zugestimmt haben, stimmen ein großes Lamento über die Not und das Elend der Angestellten und Beamten an und die USPD fragt heuchlerisch den Magistrat, welche Maßnahmen er zu tun gedenkt, um die von dem Abbau Betroffenen vor wirtschaftlicher Notlage zu schützen. Die Antwort der Magistratsvertreter war denn auch im großen und ganzen: nichts. — Es soll keine Überstürzung stattfinden (bei Abbau von 500 bis 600 Angestellten zum 1. April d. Js.), die Abfindungssumme für die Angestellten kann nach dem Gesetz gezahlt werden, ob wir es tun werden, wissen wir noch nicht, und was derartig schöne Redensarten mehr sind, jedenfalls steht fest, daß die noch beim Magistrat Beschäftigten 1400 Angestellten nach und nach abgebaut werden, und kein Mensch wird sich darum kümmern, was aus ihnen wird. Daß der Magistrat aber auch anders kann, bewies er in einer Vorlage, nach der Stadtbaurat Geh. Baurat v. Scholz, der längst das 65. Lebensjahr überschritten hat und zum Abbau überreif ist, noch bis zum 1. Oktober 1924 der Stadt erhalten bleiben soll. Die Gründe, welche den Magistrat veranlassen haben, diese Vorlage einzubringen, sollen in geheimer Sitzung erörtert werden. (Ist etwa das richtige Pensionierungsalter noch nicht erreicht?)

Nach einem Dringlichkeitsantrage verlangen die Sozialdemokraten die erteilte Besetzung des durch Verletzung in den Ruhestand des bisherigen freigeordneten Stelle des zweiten

Bürgermeisters. Gegen die Stimmen der Deutschnationalen, welche die Besetzung der neuen Stadtverordnetenversammlung, in der sie hoffen, ausschlaggebend zu sein, vorbehalten wollen, wird die Annahme des SPD-Antrages von den übrigen Parteien beschlossen. Der Dringlichkeitsantrag des Zentrums wegen der Einführung der Sommerzeit am 1. Mai fand nicht die Zustimmung als dringliche Behandlung und würde zurückgestellt.

Von sonstigen Vorlagen, die ohne Debatte angenommen wurden, sind zu erwähnen: Die Stadt übernimmt die Bürgerschaft für einen der Gesellschaft für einfache Wohnungseinrichtungen der Stadt Breslau m. B. G. zu eröffnenden Kredit bis zur Höhe von 8000 Rentenmark. — Von der vom Prof. Ullrich hergestellten Radierung des Rathhauses sollen 30 Künstlerdrucks zum Preise von je 100 Mark zu Gedenkzwecken erworben werden. (Feinstes Japanpapier, eigene Unterschrift des Künstlers). Kunststuck, bei unteren städtischen Finanzen. — Dem Vergleich mit dem Gasthofsbesitzer Richard Scholz in Carlswitz, der beim Bau der Hindenburgbrücke Schäden an seinen Gebäuden erlitten hatte, wird zugestimmt. — Daß der Schwelmeistall auf dem städtischen Rittergut Luzine vergrößert werden

Die Sanierungsleistungen sind in Gefahr.

die für ihre Entschlüsse unerlässlich engste Fühlung mit breiten Arbeitermassen über den Rahmen der Partei hinaus zu verlieren, wenn sie nicht überwiegend aus leitenden Betriebszellenfunktionären zusammengesetzt sind und jede Möglichkeit der Verbindung mit den Betrieben benutzen und ausbauen.

muß (Kostpunkt 2300 Goldmark), ist eine Selbstverständlichkeit. — Die Zellenwände und Eisenteile im alten Kühlhaus des Schlachthofes müssen mit einem neuen Anstrich versehen werden. — Die beiden Dampfessel der städtischen Seilstraße Herrmannstraße sind reparaturbedürftig und sollen für 7500 Gm. wieder instand gesetzt werden. — Für verbilligte Abgabe von Kleidungsstücken an Erwerbslose sollen zunächst 5000 Goldmark und ein Betrag von 15 000 Goldmark bereitgestellt werden. — Der Haushaltsplan der städtischen Feuerbestattungsanstalt für 1924 wird genehmigt. — Die Besitzer des Gewerbebez. Kaufmannsgerichts erhalten für jede Sitzung, der sie beigewohnt haben, als Entschädigung 3 Goldmark, die Arbeitnehmer außerdem noch den Unterschied zwischen Entschädigung und entgangener Arbeitsverdienst. — Die Vorlage, die Verpachtung der Jahrhunderthalle und der sonstigen Ausstellungsanlagen einschließlich des dazu gehörigen Geländes bis zum Jahre 1944 an die Breslauer Mess- u. G. wurde den Ausschüssen 2 und 5 überwiesen. — Die Hundesteuerordnung ist aus dem Ausschuss zurückgekommen, nach der neuen Fassung beträgt die Steuer für den ersten Hund 60, für jeden weiteren zweiten Hund 100, und für jeden weiteren dritten Hund 140 Goldmark. Von Bedeutung für die kommenden Wahlen war noch die Zustimmung, daß die Besitzer zum Wahlvortritt nicht von der Gemeindervertretung, sondern von dem Wahlvorkämpfer aus den Wahlberechtigten seines Abkommungsbezirkes berufen werden. Der zweistündigen öffentlichen Sitzung folgte eine geheime Session.

Aus der Partei.

Resolution des Bezirksparteitages Niedersachsen.

Zur Lage und zu den Aufgaben der Partei.

Auf dem Bezirksparteitag der KPD Niedersachsen am letzten Sonntag wurde mit 38 gegen 12 Stimmen die Resolution der Partei angenommen, in der es heißt:

Der Bezirksparteitag begrüßt das Ergebnis der Moskauer Verhandlungen als den ersten Schritt der Kommunisten und der kommunistischen Partei Deutschlands auf dem Wege zum Kampf gegen das Skudatoratum mit dem Opportunismus in der Kommintern.

Der Bezirksparteitag stellt sich auf dem Boden der bisherigen linken Opposition und spricht die sogenannten Mittelgruppe kein Mißtrauen aus. Es ist die Aufgabe des Reichsparteitages, der bisherigen Opposition die Führung der Partei anzuvertrauen, da nur eine einheitliche und klare Führung die Partei innerlich festigen kann.

Zur Gewerkschaftsfrage.

nahm der Bezirksparteitag einstimmig eine Entschließung an, die sich in den Eingangsabsätzen mit der Resolution der Berliner Bezirksleitung im wesentlichen deckt und die dann so lautet:

Alle unorganisierten Arbeiter müssen von den revolutionären Betriebsräten und Betriebsstellen betriebsweise fest zusammengefaßt werden. Das gleiche muß bei den unorganisierten Gewerkschaften durch die Gewerkschaften geleistet werden. Folglich den revolutionären Betriebsräten und den revolutionären Gewerkschaften ist jeweils Organisierung aller unorganisierten die engste Verbindung herzustellen. Die so in den Betrieben entstehenden Organisationen müssen zentral und bezirklich, sowie zentral zu Industriegruppen zusammengefaßt werden.

Alle Kommunisten in den selbständigen revolutionären Organisationen müssen in diesen für die Anpassung an dieses Organisationsprinzip wirken.

Die KPD weist weiter darauf hin, daß die schwere Lage, in der sich die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft befindet, keinem revolutionären Arbeiter gestattet, so gendwähle sich für die Arbeiterchaft zersplitternde Schritte zu unternehmen.

Kommunisten dürfen freiwillig die Amsterdamer Gewerkschaft nicht verlassen.

Es müssen noch mehr als bisher in diesen ihre revolutionäre Fraktionsarbeit fortsetzen und alle Möglichkeiten ausnützen, um den Reformisten die Gewerkschaften zu entreißen. Nur straffe, revolutionäre Disziplin und energetisches Handeln werden es ermöglichen, den Kongress der revolutionären Gewerkschaften und Betriebsräte, sowie der revolutionären Gewerkschaften der gewerkschaftlich unorganisierten Arbeiter in den Betrieben so zu organisieren, daß durch ihn der Kampf für die Überwindung des Achtstundentages und für die Verbesserung der Lebenslage des Proletariats vorbereitet werden kann.

Aus Betrieb und Gewerkschaft.

Revolutionäre Gewerkschaftszeitungen.

(AG.) Der Kampf innerhalb der deutschen Gewerkschaftsbewegung um Form und Inhalt der gewerkschaftlichen Organisationen hat infolge der Spaltungsoffenheit des ADGB den Höhepunkt erreicht. Unter der Führung der Amsterdamer Bürokratie sind die deutschen Gewerkschaften aus Organen des Klassenkampfes zu wirtschafts-friedlichen Organisationen geworden, die sich den Schiedssprüchen der von der Bourgeoisie eingeleiteten Schlichter bedingungslos unterwerfen, sich unter die während der Militärdiktatur mit ihrer Hilfe geschaffenen Arbeitszeiterordnung beugen und in den Fällen, wo die Erbitterung und der Kampfwille der Arbeiter zu Wirtschaftskämpfen führt, bestrebt sind, den Kampf anzuwehren, soweit sie ihm nicht von vornherein offen in den Rücken fallen. Die Folge davon ist die Massenflucht aus den Gewerkschaften. Durch den gleichzeitigen Hinauswurf aller revolutionären Elemente entwideln diese sich mehr und mehr zu Streikbrecherorganisationen. Anstelle eines Kampfinstrumentes der Arbeiterklasse werden sie zu einem Mittel der Bourgeoisie, die Arbeiterschaft kampfunfähig zu machen.

DIE REBELLEN

Von P. E. Dybenko.

„Wo? Wissen Sie denn gar nichts! In der Stadt hat doch der Aufstand begonnen. Auf dem Marsch haben die Gendarmen versucht, eine Demonstration von hungernden Arbeitern und Frauen zu vertreiben, aber sie konnten nichts ausrichten. Darauf wurden Kolaten herbeigerufen. Aber auch sie ritten untätig durch die Straßen. Ein Student hielt eine Ansprache an die Arbeiter. Ein Offizier wollte ihn mit dem Säbel niederschlagen, aber die Kolaten und Arbeiter ließen es nicht zu. Es war verboten, ohne Passierschein durch die Straßen zu gehen. Heute wird eine Aktion der Arbeiter und Soldaten erwartet. Man sagt, daß Truppenkette von der Front unterwegs seien. In Kronstadt ist der Aufstand schon ausgebrochen.“

„Alle diese Nachrichten kamen mir so unerwartet, daß ich mich nicht gleich zurechtfinden konnte.“

„Gut, ich will mich erst mal waschen. In einer Stunde hoffe ich von meinen Freunden etwas Neuere zu erfahren, vorausgesetzt, daß ich zu ihnen Angelange.“

Aber es war noch keine halbe Stunde um, da krachten Gewehrschüsse herüber. Durch die Straße sausten zwei Lastautos mit bewaffneten Arbeitern, Arbeiterinnen und Studenten. Aber sie stießen auf eine Polizeipatrouille, deren Schüsse die Autos zum Stehen brachten. Eine verwundete Frau fiel vom Wagen. Die anderen sprangen herunter, verfielen sich hinter dem Wagen und begannen zu schreien. Einer rannte an einem Maschinengewehr und wird mit ihm nicht fertig. Ich laufe hinzu, packe das Maschinengewehr und eröffne ein Feuer auf die Vorkämpfer. Hinter Eden und Zäunen liegt ein Hagel von Steinen auf sie. Einige Minuten darauf ergeben sich die Vorkämpfer, zwei von ihnen sind tot. Der Student wendet sich zu mir:

„Was war gut, Sie kommen natürlich mit uns, nicht wahr?“

„Ja, ich komme mit Ihnen, aber sagen Sie doch, was geschieht eigentlich in der Stadt?“

Der Aufstand ist ausgebrochen, wir haben Nachrichten, daß das Regiment Wolinski in den Aufständischen angegeschlossen hat und den Straßenkampf mitmacht.“

Wir fahren zur Kaserne des Moskauer Regiments. Im Hof der Kaserne stehen schon die Soldaten mit den roten Flaggen. Das Regiment schwankt noch. Nach kurzen Verhandlungen schließt sich auch dieses Regiment den Aufständischen an.

Die Revolution hat begonnen. Bei dem Gedanken, wenn man jetzt eine einzige Matrosenabteilung hier hätte, kämpft sich das Herz zusammen. Hat der Aufstand in der Flotte

angefangen? Es hat ja niemand etwas gemerkt. Wer leitet den Aufstand? An wen wendet man sich?

Auf diese Fragen hätte in diesem Augenblick niemand antworten können. Das Volk hat sich mit elementarem Gewalt erhoben, ohne Führer, ohne Weisungen und Direktiven. Ganz Petersburg ist von den Flammen des Aufstandes erfüllt. In den Straßen fließt Blut. Eine nach der anderen wachsen Barricaden.

Unterschiedlich wird diese erste Nacht bleiben. Von heller Begeisterung erfüllt, kämpfen die Aufständischen fast ohne Waffen gegen den verzweifelt zurechtfindenden Widerstand wird hintersgesetzt, man bildet nicht zurück. In dessen wuchsen die Häuser der Aufständischen mit jeder Minute, eine Straße nach der anderen geht in ihre Hände über. Nacht gibt es für sie nicht. Sie sind alle auf der Straße, sie stehen im Kampf. Ganz spontan entstanden in vielen Stadtteilen revolutionäre Kampfzentralen, Kazzette, Verhandlungsplätze, schnelle Hilfe, Nahrungsstellen usw. Es bildeten sich revolutionäre Schwestergruppen — meist Fabrikfrauen, die unter einem Hagel von Gewehrpatronen Lote und Verwandte aufjagen. Sie speisen die Hungerigen, bringen Munition herbei und beteiligen sich auch selbst am Kampf. Der Wpborger Stadteil ist ganz in den Händen der Aufständischen.

Nach Mitternacht, nachdem die Zufahrtsbrücke von Gendarmen geläubert ist, fährt ich im Auftrage des Wpborger Stadteits nach dem Zaurischen Palais, denn dort soll die Kampfzentrale der Aufständischen sein. Aber im Palais herrscht ein unbeschreibliches Chaos. Es war weder etwas zu verstehen, noch jemand zu finden, der um die Lage der Dinge wußte. Gegen Morgen war es mit meinen Kräften zu Ende, wie tot schloß ich am Verhandlungsplatz des Wpborger Stadteits ein. Ich erwachte gegen zwölf Uhr mittags. In der Nähe des Hauses wurde heftig gekämpft. Aus den Dachlukken eines Hauses schossen die umzingelten Polizisten und ein Geislicher mit Maschinengewehr und Gewehr herunter.

Den darauffolgenden Tag verbrachte ich auf der Jagd nach Polizisten und in vielen Schamitzeln mit ihnen; alle behaupteten, die Polizei schieße mit Maschinengewehren von den Giebeln der Kirchen. Dafür war der Abend und die Nacht voll reicher Eindricke. In vielen Stadtteilen Petersburgs lockerten die Flammen und vernichteten die Archive und Dokumente der Polizeireviere; alle Augenblicke wurden Gendarmen, Polizisten, Offiziere ins Zaurische Palais gebracht. Die Nachricht verbreitete sich, daß die Minister Protokopow und Stürmer verhaftet seien. Nach vierundzwanzigstündigem Kampf ergab sich die Kadettenanstalt und die persönliche Schwelme des Ministers Protokopow. In den Straßen brennen Feuer, Arbeiter, Frauen, Soldaten und sogar Bürger mit steifen Häuten wachen sich mit Gewehren in den Händen.

Schein. Seltsam, wie sich alle plötzlich vereinigt und zu den Waffen gegriffen haben und gemeinsam gegen die verhasste Zarenmacht losgezogen waren. Nur die Gendarmen hatten sich noch hier und da und das simlänbische Regiment, das sich den Aufständischen noch nicht angeschlossen hat. Morgen wird man wieder versuchen, mit diesem Regiment zu verhandeln und es auf unsere Seite herüberzujagen.

Während dieser Tage und Nächte war das Zaurische Palais zugleich Arbeitshaus, wo man die Gefangenen brachte, Parlament und Regierung. — es herrschte ein Chaos darin, in dem sich nur wenige zurechtfinden, dort wurde die neue Regierung gebildet und ein Ministerium des Äußeren und sogar ein Kriegsministerium, aber ohne Generalstab. Man sah viele Leute mit geschäftig-lustern Gesichtern umherlaufen und Anordnungen treffen, die von niemand befolgt wurden.

Am nächsten Tag, um elf Uhr morgens, begann ein Regiment nach dem anderen mit roten Tüchern und Hutdecken zum Zaurischen Palais zu ziehen. Es leisteten der neuen Regierung den Eid, ohne zu wissen, wer in diese Regierung gewählt worden war. Miljukow und Rodsjanko empfingen die Soldaten mit Begrüßungsreden. Es wird eifrig darüber verhandelt, wer auf den Thron gesetzt werden soll. Nicht Menschen drängen sich in den Straßen und diskutieren heftig miteinander. Aber wo man auch hinsieht, überall vernimmt man das Gleiche: die einen schreien, man müsse den Großfürsten Michael auf den Thron setzen, die andern wollen Rodsjanko als Präsidenten haben und die Regierungsgewalt der Duma übergeben. Nur hier und dort hört man schwache Stimmen: der Petersburger Sowjet soll die Macht haben. Später wird man sehen, was weiter zu tun ist. Ein jeder, der an diesem dritten Tage versucht hätte, die Führung an sich zu reißen, hätte sich sofort den Hals gebrochen. In der Revolution beteiligten sich alle, und jeder verstand sie auf seine Weise. Und es war schwer, sich zurecht zu finden, und zu orientieren. Da verbreitete sich die Nachricht, die Flotte näherte sich Petersburg; man habe die Matrosen befreit gemacht und zur Verteidigung des Kaisers aufgerufen. Andere behaupteten, daß das Korps des Generals Swanow mit dem Zaren selbst an der Spitze schon nicht weit von Petersburg sei. Die Truppen befänden sich ausnahmslos aus Gorki (russisch). Die Revolution sei bedroht. Gegen Abend kam eine andere Nachricht: in der Flotte sei der Aufstand ausgebrochen, und auf allen Schiffen seien rote Fahnen gehißt. In Kronstadt und auf den Schiffen schlugen und erschossen die Matrosen ihre Offiziere. Nach Helsingfors und Kronstadt seien von dem Petersburger Sowjet Delegierte geschickt, um das Elden der Offiziere zu verhindern. Die Truppen des Generals Swanow hätten sich den Aufständischen angeschlossen und kehrten zur Front zurück. Der Kaiser habe dem Thron entsagt. (Fortsetzung folgt)

In der Auseinandersetzung mit dieser falschen Politik der Amsterdamer Gewerkschaftsbürokratie müssen die Arbeiter eine klare revolutionäre Orientierung besitzen. Es gilt nicht nur den schärfsten Kampf gegen die Amsterdamer Gewerkschaften zu führen, sondern gleichzeitig auch die aus den Gewerkschaften hervorgehenden Arbeitermassen in einer Form zusammenzufassen, die sie dem Kapital gegenüber nicht zur Unzulässigkeit verdammt. Neben der Lösung der drängenden organisatorischen Fragen ist für die Arbeiterschaft besonders wichtig die geistige Orientierung in diesem Kampf. Die Gewerkschaftszeitungen haben in den letzten Jahren in ihrer übergroßen Zahl nicht verstanden, die Klassen- und selbst die Berufsinteressen zu vertreten. Neben den Schimpfartikeln gegen die Kommunisten beschäftigen sie sich mit allen möglichen und unmöglichen technischen und wirtschaftlichen Spezialfragen, die häufig genug mit dem Kampf der Arbeiterschaft auch nicht die geringste Verbindung hatten.

Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition ist deshalb dazu übergegangen, Organe zu schaffen, die das Proletariat in seinen wirtschaftlichen Kämpfen unterstützen und führen können. Im Gegensatz zu der verlogenen „Neutralität“ der Reformisten betonen die neuen Gewerkschaftsorgane den unzerstörlichen Zusammenhang des wirtschaftlichen und politischen Kampfes der Arbeiterklasse. Sie nehmen Stellung zu allen Wirtschaftskämpfen und führen den Kampf gegen die reformistische Bürokratie mit dem prinzipiellen Mittel der revolutionären Auflösung und des Klassenkampfes. Für eine Reihe von Industrien (Metall, Textil, Bau, Chemie, Berg, Leder, freie Berufe, Angestellten und Beamten, Transport, Nahrungs- und Genussmittelindustrie, Holz, Bekleidungsarbeiter) sind bereits solche Organe geschaffen, die noch weiter ausgebaut mit dem gelebten Kampf der Gewerkschaftsopposition in Verbindung gebracht werden sollen. Diese neuen Gewerkschaftszeitungen bemühen sich auch, über den Rahmen Deutschlands hinaus einen Ueberblick über die internationalen Kämpfe der verschiedenen Industriegruppen wie auch über den Stand der revolutionären Bewegung in den verschiedenen Ländern zu geben. Sie sind ein Bindeglied der revolutionären Opposition und es liegt daher im Interesse aller revolutionären Arbeiter selbst, diese Organe zu lesen und weiter zu verbreiten, um mit ihnen den demoralisierenden und verwirrenden Einfluß, den die reformistische Gewerkschaftspressen zur Zeit auf die Arbeiterschaft ausübt, zu brechen.

Das Schicksal der Kontrollausschüsse.

Die kommunistische Fraktion im sächsischen Landtag hat einen Antrag eingebracht, der die Wiedererrichtung der Kontrollausschüsse zur Bekämpfung des Wuchers und der Teuerung fordert. Die durch Verrückung des Wirtschaftsministers Müller, ohne den Landtag zu befragen, aufgehoben wurden. Die Einsetzung der Kontrollausschüsse wurde feinerzeit durch die sozialdemokratisch-kommunistische Mehrheit des Landtages beschlossen. Interessant wird die Stellung der Sozialdemokraten zu diesem Antrag sein, da sie durch eine Ablehnung selbst beschlossenen Maßnahmen desavouieren würden.

Maßnahmen gegen die Opposition der Bergarbeiter bei den Betriebsrätewahlen.

(RWE.) Die Betriebsrätewahlen für die Bergarbeiter sind für die Zeit vom 26. bis 28. März ausgeschrieben. Die freien Gewerkschaften haben ihre Listen dafür bereits aufgestellt. Gleichzeitig haben sie erklärt, daß alle Mitglieder, die für irgendeine andere Liste, als die der freien Gewerkschaften, ihre Stimme abgeben, aus den Gewerkschaften ausgeschlossen werden. Diese Ankündigung entspricht der Stellungnahme des Sächsischen Gewerkschaftskongresses und soll die Opposition innerhalb des Bergarbeiterverbandes unterbinden.

Arbeitslose und Pflichtarbeit.

Die Arbeitslosen von Meiningen nahmen eine Resolution an, die jede Pflichtarbeit ablehnt. Eine Kommission der Arbeitslosen vertrat in der gerade stattfindenden Gemeindeversammlung so nachdrücklich ihren Standpunkt, daß die hiesigen Stadtväter die Forderungen der Arbeitslosen annehmen mußten. Sie beschloßen, daß für die Pflichtarbeit mindestens 30 Fig. pro Stunde zu zahlen sei.

Lohnverhandlungen der Steinseher.

Am Freitag, den 18. März, tagte eine Lohnverhandlung des Steinseherverbandes in Breslau. Auf der Tagesordnung standen Lohnverhöhung, Arbeitszeitverlängerung und Wahlrechtsveränderung. Die Sitzung eröffnete der Vorsitzende Steinsehermeister Schütz, Breslau, welcher zugleich Vorsitzender des sächsischen Arbeitervereins ist. Vorsitzender Schütz vom Verband der Steinseher, führte die Verhandlung der Arbeitnehmers. Der erste und zweite Punkt wurde in der Verhandlung abschließend durcheinander geworfen. Der sächsische Arbeiterverein hatte am 23. Februar 1924 die in dem

Vertragsenthaltenen Bestimmungen über Arbeitszeitdauer geändert. Er forderte in der Verhandlung, die 54-Stundenwoche. Die Arbeitnehmer verteilten sich auf 12 des Bezirksrats, in dem eine dreimonatige Kündigungsfrist festgesetzt ist, und lehnen aus diesem Grunde die Verlängerung der Arbeitszeit ab. Auf beiden wurde von Arbeitnehmerseite darauf hingewiesen, daß die Verhandlungen vor dem Reichsarbeitsrat über die Verlängerung der Arbeitszeit, bis zum 31. März d. J. verschoben worden sind. Diese müßten erst fruchtbar werden, bevor diese Frage überhaupt behandelt werden kann. Darauf erklärten die Arbeiter die Beschlüsse des Reichsarbeitsgeberverbandes, als für sich nicht bindend, und schlugen den Arbeitern das Reichsarbeitsblatt mit der Arbeitszeitverordnung, daß die Kündigungsfrist auf 30 Tage vergrößert, um die Ohren (auch ein Erfolg des Ermächtigungsgesetzes). Die Arbeitgeber gaben den Leistungsstarke bekannt,

Achtung! Genossen! Achtung!
Referentenkonferenz
Die für Sonntag, den 23. März einberufene Konferenz findet nicht statt. Bezirkswahlkomitee.

den sie unbedingt angenommen wünschten. Diese bewegte sich weit über der Vorkriegslöhne, seinen Lohn anzuheben, wurde von der Annahme der verlängerten Arbeitszeit durch die Arbeitnehmer abhängig gemacht. Entschlossen lehnten die Arbeiter dieses ab. Der Arbeitgebervorsitzende schloß darauf die mehrere Stunden dauernde Sitzung mit der Drohung, diese ihnen unverständliche Einstellung der Arbeitnehmer der Öffentlichkeit zur Kenntnis zu bringen. Hoffentlich erfolgt dieses recht wahrheitsgetreu. Wir danken dafür im voraus. Für die Arbeiterschaft kann es in dieser Krise nur eine Lösung geben, die Aufrechterhaltung des Lohnes unter allen Umständen.

Soziales.

Die „Ordnung“.

Ihr laßt die Armen schuldig werden, dann übergebt ihr sie der Pein! Die Zahl der sogenannten kleinen Kriminalverbrecher wächst ins Ungeheuerliche aus. Obdachlos ziehen die von der Gesellschaft Ausgeworfenen umher, ausgestoßen von der Gesellschaft, die Ruhe und Ordnung auf ihre Fahne geschrieben hat. Noch hat das Elend nicht den Höhepunkt erreicht. Will sich diese Ordnung aufrechterhalten, so muß sie weitere Tausende ins Elend stürzen. Schon lange stehen oder lehnen überall an Straßenecken die armen Teufel. In den Eisenbahnwagen fangen die Arbeitslosen sich ihren Unterhalt zusammen.

Wehe aber, wird ein armer Schächer erwischt. Dann ins Loch, ins Polizeigefängnis auf die Schubbrücke. Während in Berlin und anderen Großstädten jeder Einzelne geachtet wird und reines Bettzeug erhält,

fehlen solche Erzeugnisse der Kultur hier vollständig. Wozu denn auch! Gehören doch diese Ausgestoßenen zu den 20 Millionen deutschen Arbeitern, auf deren Leiden nur die Gesellschaft der „Ruhe und Ordnung“ gefunden kann. Unter solchen Verhältnissen ist die Uebertragung von ansteckenden Krankheiten durch Schmutz und Ungeziefer sehr groß. Aber es kommen ja doch zu 99 Prozent nur Proleten in Frage.

Achtung! Kolporteurs!

Geldzahlung betr.

Das Postamt Breslau weigert sich erneut, Gelder für uns in Empfang zu nehmen. Wir haben sofort den Reichsbankweg eingeschlagen. Bis zur Freilegung dieser Angelegenheit bitten wir, alle Gelder, die für die Genossenschaft bestimmt sind, sofort an folgende Adresse durch Postanweisung zu überweisen:
Karl Juchacz, Geschäftsführer, Breslau, Trebnitzer Straße 50.
Genossen, beweißt durch schickes Handeln, daß keine realistische Handlungswelt irgendwelcher bürgerlichen Institutionen, Behörden oder einzelne Realistoren imstande sind, die Kommunisten klein zu kriegen. Sendet sofort das Geld ein, damit wir den Betrieb fortführen können.

die zwangsweise das Staatspensional in Anspruch nehmen. Aufgabe der Stabverwaltung wäre es, hier sich einzufinden. Aber diese ist zufrieden, wenn sie sich nicht um solche Dinge bekümmern braucht. Die Sozialdemokraten denken nicht an so etwas, sie sind selbst Bestandteile der kapitalistischen Republik geworden. Würden Ministerfessel einer Verfassungsbedürfnis, so wäre vielleicht ein größeres Interesse ihrerseits zu erwarten. Zeigt doch die SPD-Presse, z. B. die „Volkswacht“ was sie an Wichtigsten hält, wenn kürzlich in einer Unterhaltungsbeilage Betrachtungen angestellt werden, ob man einen verheirateten Mann von einem Junggesellen unterscheiden kann. Kommentare von diesen politischen Hochkaplären kann das Proletariat nichts erwarten. Selbst kann es nur Veränderung schaffen. Es muß aufräumen mit den Schuldigen und Helfershelfern des Massenelends.

Eine Vermittlungsstelle für abgediente Beamte ist auf Veranlassung des Schlesischen Landesarbeitsamtes (Landesamt für Arbeitsvermittlung) und im Einverständnis mit den Beamtenorganisationen bei der Zentrale für Angestelltenvermittlung in Schlesien, Hauptamt 1, Ursulinerstraße 27/28, Telefon Oble 5434 und Magistrat 331 eingerichtet worden.

Hahnau. Verred — Erwerbsloser! In letzter Zeit reifen vom Reichsarbeitsministerium im ganzen Reich Revisionskommissionen umher; um überall den schon jetzt hungernden Arbeitslosen ihr schweres Los vergrößern zu helfen. Damit der Staat sparen kann, muß der Prolet hungern. So die Kommission sieht in der Regel nur die Pfoten der Erwerbslosen ein; und streicht nach. Belieben 100—200 Erwerbslose. Diese Geschöpfe sind dann zum gänzlichen Verschwinden verurteilt. Was bleibt den Armen dann noch übrig? Stehlen, Betteln und Demonstrieren wird mit Gefängnis, ja mit Zuchthaus bestraft! Die Herren Unternehmer genießen die Gelegenheit, diese Leute zum Tarifbruch zu verführen. In beschützten Städten ist es schon jetzt der Fall. Wir möchten aber unsere erwerbslosen Kollegen warnen, keine Arbeit unter Tariflohn auszuführen. Unsere Forderung muß immer nur sein: Arbeit und den Reallohn! Eine Reichskonferenz der Erwerbslosen mußte jetzt endlich ernstlich daran gehen, und das Erwerbslosentum beseitigen! Wir können doch nicht zusehen, daß ein großer Teil unserer Erwerbslosen zu Verzweiflungstaten geist.

Erwerbslose Arbeiter, Angestellte und Beamte, die Augen auf, seht die Folgen des durch die Sozialdemokratie mit zustande gebrachten Ermächtigungsgesetzes. Zahlt es den Arbeitervertretern bei den nächsten Wahlen heim. Kein Erwerbsloser kann der bürgerlichen Gesellschaft mit Einschluß der sozialdemokratischen Partei seine Stimme geben. W. B.

Hahnau. Was die Hahnauer Polizei sieht, und was sie nicht sehen will. Stehen auf dem Ringe drei Erwerbslose beisammen, und unterhalten sich über ihre Familienangelegenheiten. Doch die Polizei wittert wahrscheinlich schon ein Attentat. Im Unteroffizierkloster fährt ein Postzeiweis nach Hahnau, und zum Anstand nahm dieser Herr nicht weit von einem Zweispänner aufgestellt. Die Proleten, in der Annahme, daß die Pferde bedacht seien, gingen in aller Ruhe ihre Wege. Die Polizei war sichtlich froh, einen Aufbruch und Landfriedensbruch verhindert zu haben. — Nach einem Mitglieder der Versammlung der Ortsgruppe der RPD, wurde eine Anzahl Genossen zum Verhör geladen. Damit die offiziellen Hochverräter Müller, Ludendorff und Genossen nicht allein dastehen, sucht die Polizei wohl inoffiziell einige Hochverräter im andern Extrem. Das sind Beispiele der Tüchtigkeit unserer Polizei.

Wöchentlich zwei- bis dreimal halten die Faschistenbanden Stahlfeld und Jungbo im „Heihen Schwane“ militärische Übungen ab. Am Gelände Michelisdorf bis zum Hölpenberge hält man ungeführt militärische Feldübungen ab. Doch es gibt Verfügungen, nach denen dieses ganze Theater verboten ist. Hier wäre es angebracht, wenn die Hahnauer Polizei einmal korrekt handeln würde. Aber das sind Beispiele der Untüchtigkeit unserer Polizei. W. B.

Stegitz. Am Sonntag, den 16. März, tagte im Volkshaus eine Konferenz der Orts- und Verwaltungsausschüsse und Erwerbslosenräte von Niederschlesien, um Maßnahmen zu besprechen, die ergriffen werden müssen, um der ungeduldeten Ausbeutung der Erwerbslosen entgegenzutreten. Genosse Weigelt, Stegitz, sprach über „Begriff der Gemeinnützigkeit“, unter die ja bekanntlich die Pflichtarbeit fallen soll. Man ist dazu übergegangen, Arbeiten durch Privatunternehmer ausführen zu lassen. So wurden für eine Arbeit 238 Millionen angefordert. Davon sind 75 Millionen für Löhne und 65 Millionen für Geräte ausgegeben worden, während das Uebrige reiner Profit des Unternehmers war. An Hand dieses Beispiels sieht man deutlich genug, zu was der Arbeitslose mißbraucht wird! Zur Sprache kam auch das Gesetz betr. Haftentlassene. Wie schwer es ist, Arbeit zu finden, weiß jeder, der aus dem Gefängnis kommt. Wenn man, wie vorgelesen, diesen Leuten die Unterstützung nicht bewilligt, so treibt man sie ja wieder in die sogenannte „Besserungsanstalt“. Die Aussprache war sehr lebhaft, und muß erwartet werden, daß etwas Einseitliches geschaffen wird.

Verantwortlich für den gesamten Text: Max Glaser, Breslau, Inzerate: Max Juchacz, Breslau. — Druck und Verlag: Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien GmbH, Breslau, Trebnitzer Str. 50.

Die Betriebsräte sind die Führer der kommenden Kämpfe; darum wählt Kommunisten!

Lieblich-Theater
März 1924
Täglich 7 1/2 Uhr
Emanuel Steiner
Der beste
Rechtswörter 62
Schwestern
Wissenschaft
Fred Janz
Der beste Komiker
mit 10 Attraktionen

Presto-, Mars-, u. Corona-Fahrräder
H. Schubert
Grenzschneidstraße 58
Tele. 1121

Wohnungstausch
Kaufe sonniges 2stüdiges Zimmer mit Kochgelegenheit und Gas gegen etwas größeres
Dellga
Gartenstr. 89

Wohnungstausch
2 Zimmer und Küche. Näheres durch
H. Müller, Breslau 23,
Gartenstr. 92, III.

Mieterschutzverein Freiburg
Am Freitag, den 21. März, abends 7.30 Uhr findet im Rath. Vereinshaus die Monatsversammlung statt. Thema:
Die Einstellung der Mieter zu den kommenden Kommunalwahlen
Referent: Geschäftsführer Auer, Waldenburg.
Mieter, erhebt in Massen!
Der Vorstand.

Beraminungs-Kalender.
Breslau, District 7 und 8, Freitag, 21. März, abends 7 Uhr, Bezirksversammlung im „Guten Gassen“, Meißner Str. 24. Es ist Pflicht eines jeden Genossen und einer jeden Genossin zu erscheinen.
District 9, Freitag, den 21. März, abends 7.30 Uhr, Bezirksabend im alten Lokal, Schulgasse 18. Alle Mitglieder müssen erscheinen.
District 10 und 11 (Bez. Ost), Freitag, den 21. März, abends 7.30 Uhr, bei Frau, Baumgarten 178, Bezirksabend.
Die für Sonntag, den 23. März angelegte Referentenkonferenz findet nicht statt.
Alle Mitglieder werden zur Kontrolle eingeladen. Die Mitglieder, die noch in Besitz ihrer Karte sind, müssen dieselbe dem Kassierer oder Bezirksführer ausgeben.
Die Mitgliederkarten werden auf der Trebnitzer Str. abgeholt.
Die Ortsleitung.
Breslau, District 12, Freitag, 21. März, abends 7.30 Uhr, im Hotel „Edwards Hof“, große öffentliche Bezirksversammlung zum Geburtstag des 16. März der Parteil. Kommune. Es ist Pflicht aller Genossinnen und Genossen und sympathisierenden die größte Anzahl an Teilnehmern zu entsenden und zu erscheinen.

Futterreste
Arachutter, Kiper
Wattierleinen
Herbert Scholz
Breslau, Weißbergstr. 11

Beachtet
bei allen Einkäufen immer nur unsere
Referenten!
Hast Du schon
das Kommunistische Element gekauft?